Freitag, 13. April 2018, 17:30 Uhr
~17 Minuten Lesezeit

Auf in den Arbeitskampf!

Und da sage noch einer, die Arbeiterbewegung wäre tot.

von Peter Feininger
Foto: Ken Wolter/Shutterstock.com

Eine beeindruckend starke Streikbewegung im öffentlichen Dienst will jetzt die Blockadehaltung der

Arbeitgeber durchbrechen. Ein hoher Mindestbetrag für die unteren Entgeltgruppen und ein hoher Festbetrag für die Auszubildenden feuern die Bewegung an. Das bayerische Personal an der Spitze der Verhandlungskommission der Arbeitgeberseite in Gestalt des Bundesinnenministers und des Präsidenten der Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände kommt jetzt unter Druck. Ab Sonntag, 15. April, wird wieder verhandelt. Es geht auch politisch um viel, zum Beispiel um die Sicherung von Tarifen in der öffentlichen Vergabepolitik, die Re-Kommunalisierung öffentlicher Betriebe fortzusetzen gegen den Widerstand der Kapitalisten und die große Privatisierungsoffensive abzuwehren. Eine Stärkung des öffentlichen Dienstes durch eine erfolgreiche Tarifbewegung wäre auch in diesen Bereichen elementar.

Ver.di fordert für die rund 2,3 Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bei Bund und Kommunen 6 Prozent mehr Lohn und Gehalt, mindestens aber 200 Euro pro Monat. Gleichzeitig sollen die Ausbildungsvergütungen und Praktikantenentgelte um 100 Euro pro Monat angehoben werden. Die Vorschrift, Auszubildende nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung zu übernehmen, will ver.di wieder in Kraft setzen. Die Laufzeit des Tarifvertrages soll 12 Monate betragen.

Ferner wird die Tarifierung einer Ausbildungsvergütung für betrieblich-schulische Ausbildungsgänge verlangt sowie 20 Prozent Nachtarbeitszuschlag auch im Besonderen Teil Krankenhäuser.

Der Bund wird aufgefordert, das Verhandlungsergebnis zeit- und wirkungsgleich auf die 344.000 Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter, Soldatinnen und Soldaten sowie 182.000 Versorgungsempfängerinnen und -empfänger zu übertragen.

Ferner sieht die ver.di-Bundestarifkommission die folgenden Ziele:

- Angleichung der Jahressonderzahlung im Tarifgebiet Ost der VKA.
- Erhöhung des Zusatzurlaubs für Wechselschicht- und Schichtarbeit auf 9 beziehungsweise 6 Tage.
- Anhebung des Urlaubsanspruchs für Auszubildende und Praktikantinnen und Praktikanten auf 30 Tage.
- Kostenloses Nahverkehrsticket (1).

Man muss sich vor Augen halten, dass die öffentlichen Arbeitgeber in zwei Verhandlungsrunden am 26. Februar und 12./13. März auf diese Forderungen kein Angebot vorgelegt haben! Diese Unverschämtheit der Arbeitgeberseite, also des Bundesinnenministeriums unter Thomas de Maizière und jetzt unter Horst Seehofer sowie der Vereinigung kommunaler Arbeitgeber (VKA), wird in dieser Woche nach der Osterpause von ver.di mit massiven Warnstreiks und Kundgebungen gekontert.

Die Kampfbereitschaft der Beschäftigten, vor allem der Auszubildenden und der ArbeiterInnen, ist enorm. Schon bei der Kundgebung vor Ostern auf dem Rathausplatz in Augsburg zum Beispiel kamen 700 Beschäftigte, obwohl sich die Beschäftigten des großen Klinikums gar nicht beteiligen konnten, weil der Personalbestand kaum für die Aufrechterhaltung eines Notdienstes reichte.

Junge Beschäftigte sind ein tragendes Element dieser Tarifrunde, sie haben einen eigenen Forderungskatalog und meinen es ernst damit. Auf der Augsburger Kundgebung am 20. März kamen die

Jugendvertreter als Erstes zu Wort. Wir dokumentieren am Ende des Artikels die Rede einer Verwaltungsangestellten aus einem Bürgerbüro der Stadt und einer jungen Gärtnerin aus dem Amt für Grünordnung, Naturschutz und Friedhofswesen, die sie gemeinsam gehalten haben. Mit großer Entschlossenheit und unter großem Beifall begründeten sie ihre Forderungen. Bemerkenswert ist auch, dass bei ver.di solche Beschäftigten aus den unteren Bereichen, sogar ArbeiterInnen, selbst zu Wort kommen. Wo gibt es das hierzulande noch, dass eine Arbeiterin auf einer öffentlichen Kundgebung zu Wort kommt und ihre Interessen formulieren kann. Bei der IG-Metall wäre das zum Beispiel undenkbar, da sprechen nur stromlinienförmige, in der Regel sozialdemokratische Funktionäre für die ArbeiterInnen.

Bei der Großkundgebung in Nürnberg am 11. April kamen mit 9.000 Beschäftigten 50 Prozent mehr, als ver.di erwartet hatte. Am Vortag war Südbayern dran, der Bayerische Rundfunk vermeldete: „Das öffentliche Leben steht in vielen Regionen still. Kitas sind geschlossen, Straßenbahnen fallen aus.“ (2) Am Tag darauf organisierte ver.di in den Bezirken Niederbayern und der Oberpfalz einen flächendeckenden Warnstreik. In zahlreichen Ämtern und kommunalen Betrieben legten die Beschäftigten ihre Arbeit nieder. Bestreikt wurden unter anderem Rathäuser, Stadtverwaltungen und Landratsämter, Stadtwerke und Bauhöfe, aber auch etliche Kliniken, Bundeswehr-Standorte und Theater. Dienstleistungen wie Müllabfuhr, Straßenreinigung und Stadtbücherei fielen zum Teil aus, etwa in Regensburg. Auch in Arbeitsagenturen, bei mehreren Sparkassen, bei der REWAG sowie beim Wasser- und Schifffahrtsamt Regensburg wurde gestreikt (3).

Auch in Erlangen und München demonstrierten viele. Die Welt titelte: „Streik im öffentlichen Dienst legt Bayern lahm“ (4). Mit Sicherheit gilt diese Streikwelle auch dem neuen Bundesinnenminister Horst Seehofer.

Auch im übrigen südlichen Bundesgebiet gab es Großkundgebungen. Auf dem Mannheimer Paradeplatz demonstrierten 3.000 Teilnehmer, in Reutlingen kamen 2.000 Streikende bei einer Kundgebung zusammen.

Mehr als 25.000 Beschäftigte in insgesamt sechs Bundesländern (Brandenburg, Bayern, Baden-Württemberg, Rheinlandpfalz, Nordrhein-Westfalen und Hessen) befanden sich am Mittwoch im Ausstand. Vom Streik betroffen waren nahezu alle Bereiche des öffentlichen Dienstes, also die Wasserstraßen des Bundes, Einrichtungen der Bundeswehr, Stadtwerke, Bauhöfe, Stadtreinigung, Müllabfuhr, Wertstoffhöfe, Abwasserbetriebe, Verkehrsüberwachungen, Krankenhäuser, Betreuungseinrichtungen, Sparkassen, Stadtgärtnereien, Hallenbäder, Kitas, Verwaltungen, der Flughafen München und viele mehr.

Am 12. April kam es in vielen Bundesländern (vor allem in Brandenburg, Baden-Württemberg, Hamburg, Hessen, Saarland, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen) zu einer erneuten Ausweitung der Arbeitsniederlegungen in zahlreichen Bereichen und Einrichtungen des öffentlichen Dienstes.

Bereits Anfang der Woche rief ver.di zu Warnstreiks an vier deutschen Flughäfen auf. Die Lufthansa musste daraufhin am Dienstag mehr als 800 Flüge streichen, darunter auch 58 Interkontinentalflüge. Insgesamt waren 90.000 Fluggäste betroffen. Tatsächlich streiken gar nicht die Piloten, sondern die Bodenverkehrsdienste und teilweise die Flughafenfeuerwehr, also die Proleten.

„Immer nur billig geht nicht“ – für einen attraktiven öffentlichen Dienst

„Immer nur billig geht nicht“ ist ein Artikel von Wolfgang Pieper, ver.di-Bundesvorstandsmitglied, in der Mitgliederzeitung ver.di publik überschrieben (5). Wolfgang Pieper weist hier auf einige gravierende Umstände hin. Die wirtschaftliche Konjunktur sei großartig, die Steuereinnahmen sprudelten. Im vergangenen Jahr habe es einen Haushaltsüberschuss der öffentlichen Haushalte in Höhe von 36,6 Milliarden Euro gegeben, nach aktuellen Prognosen sollen die Steuereinnahmen in diesem Jahr noch weiter steigen. „Damit ist eindeutig klar, dass auch perspektivisch Möglichkeiten bestehen, den öffentlichen Dienst attraktiver zu machen.“

Auf die Frage, warum der öffentliche Dienst attraktiver werden müsse, antwortete Pieper: „Erstens: Wir haben Probleme, genügend Fachkräfte zu bekommen. Zweitens: Der öffentliche Dienst wird in den nächsten Jahren eine große Zahl von Fachkräften verlieren. Bei den Kommunen werden das allein in den nächsten 10 Jahren rund 45 Prozent sein, also nahezu die Hälfte der dort Beschäftigten. Dafür brauchen wir Arbeitskräfte, die diese Tätigkeiten qualifiziert im Sinne der Bürgerinnen und Bürger erledigen können.“

Es zeichnet sich also eine Strategie der öffentlichen Arbeitgeber ab, eine große Anzahl von Beschäftigten, die in den nächsten Jahren aus Altersgründen ausscheiden, nicht zu ersetzen, um so den Druck auf die verbliebenen Beschäftigten ganz automatisch zu erhöhen und das letzte aus ihnen herauszuholen.

Hinzu kommt eine groß angelegte Privatisierungsstrategie, hinter der das Kapital steckt, um aus öffentlichen Aufgaben Profit zu schlagen. So erkennt zum Beispiel der Bundesverband der Deutschen Industrie BDI in den vergangenen Jahren einen Trend zur Re-Kommunalisierung, der unbedingt gestoppt werden müsse (6). „Beteiligungen der öffentlichen Hand an Unternehmen haben in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Zwischen 2000 und 2011 hat sich der Umsatzanteil kommunaler Unternehmen am nominalen BIP von 6 auf 10 % erhöht.“ Der BDI will dieses Geschäft

auf keinen Fall den Kommunen überlassen und aus der öffentlichen Daseinsvorsorge maximalen Profit schlagen. Frech behauptet der BDI, nur wenn die öffentliche Versorgung der Privatwirtschaft offenstehe, könnten die Bürger optimal versorgt werden: „Ein der Privatwirtschaft offen stehender, fairer Wettbewerb ist unverzichtbare Voraussetzung für eine qualitativ hohe, flächendeckende Versorgung der Bürger mit notwendigen und wichtigen Dienstleistungen."

Die Strategie der Kapitalisten, in die öffentliche Versorgung vorzudringen oder sie zurückzuerobern, würde mit einer erfolgreichen Tarifbewegung von ver.di ein Stück weit durchkreuzt. Insofern ist diese Tarifbewegung politisch auch sehr wichtig. Außerdem braucht Seehofer mal einen vor den Latz. Die Arbeitgeberseite ist sowieso stark bayerisch geprägt, auch durch den an der Spitze verhandelnden Präsidenten der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA), Dr. Thomas Böhle. Er ist berufsmäßiger Stadtrat der Landeshauptstadt München.

Die Agitation der öffentlichen Arbeitgeber konzentriert sich vor allem auf zwei Punkte. Sie verweisen erstens auf die hohe Verschuldung und den milliardenschweren Investitionsbedarf der Kommunen. Daher seien keine Lohnerhöhungen drin. Zweitens richtet sich die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeber (VKA) vor allem auch gegen die „soziale Komponente" von 200 Euro mindestens pro Monat.

Stehen der Investitionsbedarf der Kommunen und ihre Verschuldung einer Tariferhöhung entgegen?

Zum ersten Punkt stellt Wolfgang Pieper vom ver.di-Bundesvorstand fest: „Wir haben ja immer auf den

Investitionsbedarf hingewiesen. Wir glauben, dass die Kommunen entsprechend unterstützt werden müssen. Sie brauchen einen finanziellen Spielraum, um diese Investitionen tätigen zu können. Das steht aber nicht im Widerspruch zu Lohnerhöhungen. Wir stellen fest, dass überall da, wo das Personal fehlt, der öffentliche Dienst nicht in der Lage ist, bestimmte Projekte umzusetzen. Das sehen wir insbesondere im Straßenbaubereich, wo etwa Ingenieursmangel herrscht. Da hapert es nicht am Geld, da hapert es an den nötigen Fachkräften. Und um diese zu bekommen, brauchen wir eine bessere Bezahlung und müssen die Lücke zur Wirtschaft schließen“ (7).

Aus dem vorletzten Kommunalen Finanzreport der Bertelsmann-Stiftung geht hervor, dass es nicht nur ostdeutsche Kommunen sind, die im Schuldensumpf stecken. Oberhausen, Remscheid, Essen, Wuppertal ... 19 der 30 besonders verschuldeten deutschen Städte lagen 2013 in Nordrhein-Westfalen. Neuerdings hat sich auch die finanzielle Lage der rheinland-pfälzischen Kommunen drastisch verschlechtert. Das Land gebe den Städten und Kreisen zu wenig Geld, weshalb vier Kommunen vor dem rheinland-pfälzischen Verfassungsgerichtshof in Koblenz gegen die Landesregierung klagen. Auch die Stadt Ludwigshafen ist mit 9.000 Euro Schulden pro Einwohner abrupt auf Platz vier des deutschen Schuldenrankings gestiegen. An der Spitze liegt zur Zeit Kaiserslautern mit mehr als 12.000 Euro Schulden pro Kopf (8).

Der neueste Finanzreport der Bertelsmann-Stiftung stellt fest, dass bereits jede fünfte Kommune in der Haushaltskrise steckt und dass die finanzielle Kluft zwischen den Kommunen größer wird. Während die Bertelsmann-Stiftung den Bund zur Hilfe aufforderte, verwies Finanzminister Schäuble auf die Länder (9). Tatsächlich haben die Kommunen in Summe einen Haushaltsüberschuss von 4,5 Milliarden Euro im Jahr 2016 gemacht. Aber die Kluft zwischen den Kommunen im Saarland, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Hessen und den Kommunen der zweiten Ländergruppe mit

moderater Kassenkredit-Belastung und der dritten Ländergruppe mit geringer Kreditbelastung (Bayern, Baden-Württemberg, Sachsen und Thüringen) wächst. Die Bertelsmann-Stiftung stellt fest, dass im Übrigen nahezu alle Länder 2016 ebenfalls Haushaltsüberschüsse gehabt hätten und die Kommunen insgesamt seit 2012 Finanzierungsüberschüsse erzielten.

So ergibt sich ein sehr gemischtes Bild, aber insgesamt wären die Kommunen durchaus in der Lage, eine kräftige Tariferhöhung zu bezahlen und für die übrigen Kommunen müssen politische Lösungen gefunden werden. Die Kommunalexpertin der Grünen, Britta Haßelmann, stellt hier zum Beispiel fest: „Wir müssen endlich strukturschwache Städte und Regionen aus dem Teufelskreis von Finanzschwäche, schlechter Infrastruktur und hohen Sozialausgaben befreien.“ Sie schlägt eine neue „Gemeinschaftsaufgabe für die regionale Daseinsvorsorge“ vor, von der der Bund natürlich nichts wissen will. Eigentlich müsste ver.di hier auch klare politische Forderungen auftischen, will aber offensichtlich die Koalitionäre in der Bundesregierung nicht belasten und zu nichts verpflichten. Die oben zitierte Aussage von Wolfgang Pieper vom ver.di-Bundesvorstand, sie hätten immer schon auf den Investitionsbedarf hingewiesen und glaubten, dass die Kommunen entsprechend unterstützt werden müssen, ist nicht viel wert.

Die Folgen der kommunalen Klammheit sind dann zum Beispiel eine ausdrückliche Unterstützung des Koalitionsvertrages zur Flüchtlingspolitik und seiner Begrenzung der Migrationsbewegungen nach Deutschland – einschließlich der Inhaftierung von Asylbewerbern in sogenannten Ankerzentren. Die Folgen sind auch eine immer stärkere Einmischung des Bundes in Angelegenheiten der Länder und Kommunen durch gezielte Förderung von Einzelmaßnahmen. Generell sind keine Verbesserungen der Steuereinnahmen der Kommunen vorgesehen, im Gegenteil. Im Unterschied zum Lob für den Koalitionsvertrag der

sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik, der kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands oder auch des Deutschen Städte- und Gemeindebunds – schlägt hier der Deutsche Landkreistag wesentlich kritischere Töne an:

„*Bedauerlicherweise enthalte der Koalitionsvertrag jedoch keine Maßnahmen zur Verbesserung der kommunalen Steuerbasis, dafür viele ‚goldene Zügel' und ungedeckte Finanzversprechen. ‚Ganz im Gegenteil stellt die Verabredung sogar die milliardenschwere Entlastung westdeutscher Kommunen bei der Gewerbesteuerumlage ohne Not in Frage. Das kritisieren wir sehr deutlich*'" (10).

Warum die Arbeitgeber die Mindestforderung von 200 Euro bekämpfen

Die Mindestforderung von 200 Euro pro Monat würde – voll durchgesetzt – die unteren Lohngruppen überproportional anheben auf bis zu 10 oder 11 Prozent. Die Herrschaften, die mit Gehältern von 8.000 Euro aufwärts die Verhandlungen auf Arbeitgeberseite führen, haben für eine solche Forderung natürlich nichts übrig. Bei ver.di haben solche Komponenten wie Festgeld, Sockel und Mindestbeträge Tradition, in den vergangenen Jahrzehnten wurden immer wieder solche Komponenten durchgesetzt. Dadurch hat sich das Tarifgefüge wohl sicher etwas zusammengeschoben beziehungsweise nicht weiter aufgespreizt.

Wie uns ein Streikleiter von ver.di verriet, hätte der Mindestbetrag in der Forderung eigentlich noch höher angesetzt werden müssen, um die Zustimmung auch in den mittleren Entgeltgruppen noch zu erhöhen. Interessant war auch die Information, dass gerade auch die Beschäftigten in den höchsten Entgeltgruppen solche Mindestforderungen ausdrücklich unterstützen, aus

Gerechtigkeitsgründen und um den Zusammenhalt unter den Beschäftigten zu stärken!

Ver.di-Bundesvorstand Pieper nennt noch einen anderen wichtigen Grund für einen Mindestbetrag, nämlich die politische Durchsetzung von Tarifstandards bei der Vergabe öffentlicher Aufträge:

*„VER.DI PUBLIK: Die öffentlichen Arbeitgeber haben schon im Vorfeld der Verhandlungen die soziale Komponente von 200 Euro angegriffen, die ver.di fordert. Sie sagen, das werde zu einer Verringerung der Arbeitsplätze im kommunalen Bereich führen. Quasi eine Drohung - was sagt ver.di?
PIEPER: Die Arbeitgeber argumentieren folgendermaßen: Zum einen verweisen sie auf zunehmende Ausschreibungspflichten und darauf, dass sie sparsam haushalten müssten. Ja, man muss ausschreiben, aber ver.di arbeitet schon lange daran, und das ist auch teilweise schon durchgesetzt, dass dabei Tarifstandards Geltung haben müssen. Das muss politisch durchgesetzt werden. Es kann nicht darum gehen, die Billigheimer die Arbeit erledigen zu lassen, denn Qualität muss auch eine Rolle spielen. Überall da, wo man Löhne gedrückt und versucht hat, öffentliche Dienstleistungen billig zu erledigen, hat die Qualität darunter gelitten. Insofern brauchen wir gute Beschäftigte auch in den unteren Lohngruppen. Es gibt bei den Busfahrern und Busfahrerinnen einen Bedarf, die Stellen können teilweise nicht besetzt werden. Wir haben bei Facharbeitern auch deshalb einen Bedarf, weil der öffentliche Dienst da in bestimmten Metropolen weit unter den Tarifverträgen der Industrie zahlt. Und insofern sehen wir eindeutig auch in den unteren Entgeltgruppen einen Bedarf“ (11).

Man darf also gespannt sein, was Seehofer als Innenminister und Böhle als VKA-Präsident bis Dienstag zu bieten haben und wie weit sie damit kommen.

Gemeinsame Rede zweier Jugendvertreterinnen von ver.di, einer Verwaltungsangestellten und einer Gärtnerin, zur Eröffnung der großen Streikkundgebungen in Augsburg am 20. März auf dem Rathausplatz

Liebe Azubis,

Warum sind wir heute hier? Wir sind hier, weil es so nicht weiter gehen kann!!

Was fordern wir?

Wir fordern mehr Geld!

Eine Erhöhung von 100 Euro monatlich für alle Azubis und Praktikanten!

Die Arbeitgeber sagen, dass es das nicht braucht, weil die Ausbildungsvergütung jetzt schon ein sehr hohes Niveau erreicht hat. Früher hat man viel weniger verdient, ja klar, früher war aber alles günstiger und vor allem sind die Mietpreise nicht so durch die Decke gegangen, wie zur jetzigen Zeit. Eine günstige 1-Zimmer-Wohnung

kostet in Augsburg zurzeit circa 450 Euro, ein Auszubildender im 2. Lehrjahr verdient 970 Euro brutto, das sind 765 Euro netto. Dann bleiben dem Azubi noch 315 Euro, wovon er auch noch seine Lernmittel und eine Straßenbahnkarte bezahlen soll und sein Leben finanzieren muss. Den jungen Leuten kann gar nicht die Chance gegeben werden etwas zu sparen, um sich in der Zukunft selbstständig etwas aufzubauen.
Wir geben uns nicht mit 20 oder 50 Euro zufrieden, wir fordern 100 Euro, weil die Azubis das Geld wirklich benötigen, um selbstständig zu werden.
Was fordern wir noch?
Wir fordern eine Übernahmegarantie nach bestandener Prüfung!
Warum bildet die Stadt aus, wenn sie die Auszubildenden eh nicht übernimmt. Ihr seid 3 Jahre lang billige Arbeitskräfte und wenn ihr eure Prüfung bestanden habt und qualifiziert seid, überlässt die Stadt qualifizierte, gut ausgebildete jungen Menschen anderen Behörden oder der freien Wirtschaft, obwohl die Azubis so gern bei der Stadt bleiben würden.
Dafür besetzt man einfach Stellen nicht wieder oder stellt lieber Externe ein, anstatt die selbst ausgebildeten, motivierten jungen Menschen, die Ihre Zukunft noch vor sich haben, zu übernehmen.
Liebe Arbeitgeber, schaut euch doch mal den demographischen Wandel und den Altersdurchschnitt der Stadt Augsburg an, innerhalb der nächsten 8 Jahren treten allein über 1.000 Tarifbeschäftigte in den Ruhestand.
Ihr fordert von den Auszubildenden immer mehr, die Ausbildung wird immer anspruchsvoller. In manchen Ausbildungsberufen werden die Auszubildenden sogar wie ausgelernte Arbeitnehmer eingesetzt, weil Personalmangel besteht. Wenn sie jedoch ihre Prüfung bestanden haben, werden nicht alle Azubis übernommen, obwohl der Bedarf sichtlich besteht.
Wenn ihr so weiter macht und die Azubis nicht übernehmt, schrumpft die Stadtverwaltung immer mehr, dagegen wächst die Bevölkerung der Stadt Augsburg Jahr für Jahr mehr an.
Wer soll diese Arbeit dann noch machen, wenn ihr nicht jetzt handelt,

mehr jungen Menschen die Chance gebt, bei der Stadt eine Ausbildung zu absolvieren und diese dann unbefristet übernehmt.
Wir fordern ebenfalls einen Urlaubstag mehr für unsere Auszubildenden!
Aber warum denn eigentlich!? Laut dem Arbeitgeberverband tun unsere Auszubildenden doch eh nichts den ganzen Tag!
Gut! Nehmen wir also an, alle Azubis in allen Betrieben würden auf einmal wegfallen – was würde dann passieren?
Was würde passieren, wenn auf einmal nur noch zwei Kindergärtner/innen auf 40 Kinder aufpassen müssen, anstatt zu viert?
Was würde passieren, wenn die Wartezeiten in den Bürgerbüros noch länger werden, weil in den Büros zwei Kräfte fehlen?
Richtig! Viele, wenn nicht sogar alle Betriebe wären maßlos überfordert und überarbeitet.
Was doch aber gar nicht sein kann, wenn unsere Azubis doch angeblich eh nichts tun!
Und schon allein an so einer Äußerung merkt man, dass unser Arbeitgeber absolut keine Vorstellung von unseren aktuellen Arbeitsbedingungen hat.
Es darf auf keinen Fall sein, dass unsere Betriebe abhängig von ihren Auszubildenden sind. Azubis sind nicht da, um eine fehlende Arbeitskraft zu ersetzen, sondern um die Tätigkeiten in ihrem ausgewählten Beruf zu ERLERNEN!!!
Unser Arbeitgeber verschließt die Augen davor, dass viele Betriebe unter Stellenmangel leiden und unsere Auszubildenden dafür als billige Arbeitskräfte ausgenutzt werden und exakt die gleichen Arbeiten erledigen wie die Ausgelernten – nur eben für weniger Gehalt. Was unserem Arbeitgeber ja mehr als Recht ist!
Und genau aus diesem Grund haben sie auch das Recht dazu mehr Urlaub zu fordern. Denn wer genauso viel leistet wie jemand der ausgelernt ist, darf auch genauso viel Pause machen wie jemand der ausgelernt ist!
Apropos wenig Gehalt – vorhin haben wir gehört, wir fordern 100 Euro mehr für Auszubildende! Das hört sich wahrscheinlich erstmal

nach sehr viel an.
Aber seien wir mal ehrlich – reicht das denn überhaupt?
Wenn wir nochmal aufzählen, wie viel unsere Azubis selbst in die Ausbildung an Geld für Fahrkarten, Lernmaterial wie Bücher und sonstige Utensilien, die sie für ihre Ausbildung brauchen, investieren müssen, dann sehen unsere Auszubildenden von den 100 Euro am Schluss aber nicht mehr viel!
Es darf nicht sein, dass unsere Auszubildenden von ihrem hart erarbeitenden Gehalt, sich auch noch ihr eigenes, für ihre Ausbildung benötigtes Material besorgen müssen.
Eine Stadt wie Augsburg, die davon spricht, immer moderner und somit immer attraktiver für seine Bewohner zu werden, schafft es nicht mal, ihre eigenen Ausbildungen für junge Menschen attraktiver zu gestalten.
Und genau aus diesem Grund fordern wir:
Die Übernahme der anfallenden Kosten für Fahrkarten und sonstigen Lernmaterials vom Arbeitgeber!
Und so lange, lieber Arbeitgeber, unsere Forderungen, die wirklich nicht zu viel verlangt sind, nicht erfüllt werden, werden wir nicht aufhören uns zusammenzuschließen. Wir werden solange Kämpfen und auf die Kacke hauen, bis ihr uns endlich zuhört und ernstnehmt!

Quellen und Anmerkungen:

(1) „Tarifrunde Öffentlicher Dienst Bund und Kommunen 2018. Im Februar 2018 starten die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst Bund und Kommunen TVöD. Lesen Sie hier alle News zur Tarifrunde, 2017.10-2018.04“. Walhalla Fachverlag, Oktober 2017. **https://www.walhalla.de/%C3%B6ffentlicher-dienst/tarifrunde-oeffentlicher-dienst-bund-und-kommunen-2018.artikel.html** (https://www.walhalla.de/%C3%B6ffentlicher-dienst/tarifrunde-oeffentlicher-dienst-bund-und-kommunen-

2018.artikel.html).
(2) Bayerischer Rundfunk. „Öffentlicher Dienst im Ausstand: Verdi-Streik: Kitas sind zu, Bahnen stehen still“, 11. April 2018.
https://www.br.de/nachrichten/verdi-streik-kitas-sind-zu-bahnen-stehen-still-100.html
(https://www.br.de/nachrichten/verdi-streik-kitas-sind-zu-bahnen-stehen-still-100.html).
(3) Kehrer, Marcel. „Öffentlicher Dienst: Flächendeckender Streik in Niederbayern und der Oberpfalz“, 11. April 2018.
https://www.br.de/nachrichten/niederbayern/inhalt/flaechendeckender-streik-in-niederbayern-und-der-oberpfalz-100.html
(https://www.br.de/nachrichten/niederbayern/inhalt/flaechendeckender-streik-in-niederbayern-und-der-oberpfalz-100.html).
(4) WELT. „Tarifstreit: Streik im öffentlichen Dienst legt Bayern lahm“. DIE WELT, 11. April 2018.
https://www.welt.de/regionales/bayern/article175347623/Tarifstreit-Streik-im-oeffentlichen-Dienst-legt-Bayern-lahm.html
(https://www.welt.de/regionales/bayern/article175347623/Tarifstreit-Streik-im-oeffentlichen-Dienst-legt-Bayern-lahm.html).
(5) „Immer nur billig geht nicht. Wolfgang Pieper, ver.di-Bundesvorstandsmitglied, zur laufenden Tarifrunde bei Bund und Kommunen“. ver.di publik, Nr. 02 (2018).
http://publik.verdi.de/2018/ausgabe-02/gewerkschaft/brennpunkt/seite-3/A0
(http://publik.verdi.de/2018/ausgabe-02/gewerkschaft/brennpunkt/seite-3/A0).
(6) „Handlungsempfehlungen zur 19. Wahlperiode des Deutschen Bundestages. Für eine starke Industrie, die auch morgen Zukunft gestaltet“. BDI, 10. Januar 2017.
http://bdi.eu/en/publikation/news/handlungsempfehlungen-zur-19-wahlperiode-des-deutschen-bundestages/
(http://bdi.eu/en/publikation/news/handlungsempfehlungen-zur-19-wahlperiode-des-deutschen-bundestages/).
(7) Immer nur billig geht nicht, ver.di publik, a. a. O.
(8) „Kommunalfinanzen Das sind Deutschlands

Schuldenhochburgen“. Wirtschaftswoche, 27. Mai 2014. **https://www.wiwo.de/politik/deutschland/kommunalfinanzen-das-sind-deutschlands-schuldenhochburgen/9956230.html** (https://www.wiwo.de/politik/deutschland/kommunalfinanzen-das-sind-deutschlands-schuldenhochburgen/9956230.html).
(9) Funk, Albert. „Jede fünfte Kommune steckt in der Haushaltskrise“. Der Tagesspiegel Online, 9. August 2017. **https://www.tagesspiegel.de/politik/report-der-bertelsmann-stiftung-jede-fuenfte-kommune-steckt-in-der-haushaltskrise/20162302.html** (https://www.tagesspiegel.de/politik/report-der-bertelsmann-stiftung-jede-fuenfte-kommune-steckt-in-der-haushaltskrise/20162302.html).
(10) Klaus Kohnen. „Deutscher Landkreistag: Koalitionsvertrag enthält ungedeckte Finanzversprechen und dürfte die Kommunen strukturell eher schwächen“. Bayerischer Rechts- und Verwaltungsreport (BayRVR), 13. Februar 2018. **https://bayrvr.de/2018/02/13/deutscher-landkreistag-koalitionsvertrag-enthaelt-ungedeckte-finanzversprechen-und-duerfte-die-kommunen-strukturell-eher-schwaechen/** (https://bayrvr.de/2018/02/13/deutscher-landkreistag-koalitionsvertrag-enthaelt-ungedeckte-finanzversprechen-und-duerfte-die-kommunen-strukturell-eher-schwaechen/).
(11) Immer nur billig geht nicht, ver.di publik, a. a. O.

Dieser Artikel erschien bereits auf www.rubikon.news.

Peter Feininger, Jahrgang 1949, studierte Pädagogik

und Gitarre. Nach einem faktischen Berufsverbot landete er auf Baustellen und in Fabriken, zuletzt als Facharbeiter bei der MAN. Später konnte er sich eine Existenz als Gitarrenlehrer aufbauen, die ihm eine vorübergehende Krebserkrankung wieder zunichte machte. Zu seinem politischen Engagement gehört die jahrelange Mitgliedschaft im Zentralkomitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland. Er ist Mitbegründer der PDS in Augsburg und in Bayern und seit Langem im überparteilichen Forum solidarisches und friedliches Augsburg aktiv. Zudem betreut er seit 2002 die Redaktion des „**Forum solidarisches und friedliches Augsburg** (http://www.forumaugsburg.de/)“.

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz** (**Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International** (https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de)) lizenziert. Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.